23.02.2017

Kieler Nachrichten

Albigs Kampf mit kurzem Schwert

In einer intensiven Debatte rechtfertigt der Ministerpräsident den Abschiebestopp für Afghanen – Brach er sein Wort?

VON CHRISTIAN HIERSEMENZEL

KIEL. Ja, es gehe ihm nicht zuletzt um Provokation. Ministerpräsident Torsten Albig (SPD) hat in der Debatte um den Abschiebestopp für knapp 800 abgelehnte afghanische Asylbewerber im Norden erstmals eingeräumt, dass er mit Schleswig-Holsteins Alleingang „die Debatte am Laufen halten" wolle.

„Ich weiß, dass mein Schwert kurz und nicht besonders scharf ist", räumte der Regierungschef am Mittwoch zum Abschluss einer intensiven Debatte im Rahmen einer aktuellen Stunde im Landtag ein. Er hoffe jedoch, dass sich binnen der nächsten drei Monate auch Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU), dem er eine technokratisch-zynische Sicht auf die Situation in Afghanistan vorwarf, eines Besseren besinnen möge.

SSW-Boss Lars Harms attackiert die CDU

„Unser Ziel muss es sein, ab dem 10. Mai einen allgemeinen Abschiebestopp im Bund zu erreichen." An diesem Tag, drei Tage nach der Landtagswahl, endet Schleswig-Holsteins Sonderregelung. Zwar haben mit Niedersachsen, Bremen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Thüringen fünf weitere Länder eine verschärfte Einzelfallprüfung angekündigt, was faktisch zum selben Ergebnis führt. Dessen ungeachtet steht Kiel mit seinem generellen Stopp vorerst allein. Albig berief sich auf das Bundesaufenthaltsgesetz, wonach eine oberste Landesbehörde aus „völkerrechtlichen oder humanitären Gründen" eine maximal dreimonatige Rückführungssperre verhängen kann. „Ich darf es tun, ich muss es sogar", sagte Albig.

Im vergangenen Jahr seien in Afghanistan 3500 Kinder verwundet oder getötet worden, das sage eigentlich alles: „Nichts ist sicher in Afghanistan." Nicht nur das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen weise auf eine dramatisch verschlechterte Lage hin, sondern längst auch die evangelische und katholische Kirche im Norden. „Wofür, um alles in der Welt, steht das C in Ihrem Parteinamen?", wandte sich Albig an die CDU-Parlamentarier. SSW-Boss Lars Harms erinnerte die Union an ihre Initiative, die Gottesformel in die Landesverfassung aufzunehmen. „‚In Verantwortung vor Gott und den Menschen'? Wo ist denn diese Verantwortung geblieben?"

CDU-Fraktionschef Daniel Günther warf Albig Wortbruch vor. Noch am 9. Februar habe der Regierungschef einem 15-Punkte-Papier zugestimmt, das die Länderchefs gemeinsam mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ausgehandelt hatten. Sofern Betroffene ihrer Ausreisepflicht innerhalb der gesetzlichen Frist nicht nachkommen, muss diese durch Abschiebung durchgesetzt werden, heißt es darin unmissverständlich. „Vom Bund erwarten Sie Unterstützung, nur für Sie selbst gilt das nicht", sagte Günther. Er erwarte, dass die Regierung Verantwortung übernehme, so unliebsam manche Entscheidung auch sein möge – „dazu zählt auch die Einrichtung einer Abschiebeeinrichtung".

Wortbruch? Grünen-Chefin Eka von Kalben wies darauf hin, dass es sich beim Papier der Länderchefs mitnichten um eine Gesetzesvorlage handelt. „Wir sind doch nicht in einer Bananenrepublik." Ihr Landesverband distanziere sich in der Tat von einem Teil der beschlossenen Rückkehrpolitik.

Der SPD-Vorsitzende Ralf Stegner trat der Behauptung entgegen, Kiel habe Berlin mit seinem Abschiebestopp in irgendeiner Form überrumpelt. Angesichts eines wochenlangen Konsultationsverfahrens, bei dem Innenminister Stefan Studt seine Länderkollegen nach ihrer Einschätzung befragt habe, sei das doch eher ein schlechter Scherz. „Das Ganze ist Wahlkampf auf dem Rücken von Menschen. Da machen wir nicht mit."

Wolfgang Kubicki (FDP) hielt ein Plädoyer auf den Rechtsstaat und warf dem Regierungslager „moralische Impertinenz" vor. Menschen in

„Politischer Zickzackkurs von SPD und der Grünen"

den Tod abzuschieben, wie es der SSW den Kollegen von Union und FDP vorhalte, gehöre zu den Fake News. Die Liberalen verwiesen darauf, dass die Bundeswehr zumindest in Teilen Afghanistans für Ruhe und Ordnung sorgen solle. Albigs Kritik am SPD-geführten Außenministerium zeige, „dass die deutsche Sozialdemokratie mittlerweile vollkommen ohne

Kompass und Führung unterwegs ist".

Auch wenn Piratin Angelika Beer vehement für den Abschiebestopp eintritt – in der Kritik an den Genossen stieß sie in dieselbe Kerbe wie Kubicki. „Kernproblem ist, dass die Landesregierung links blinkt, aber in Berlin rechts abbiegt." Dass Albig am 9. Februar die Beschlüsse mitgetragen habe, „bestätigt den politischen Zickzackkurs der SPD und der Grünen".

Mittwochabend wurde vom Münchner Flughafen aus die dritte Sammelabschiebung in Deutschland seit Ende vergangenen Jahres in Gang gesetzt.

„Ich darf es tun, ich muss es sogar. Nichts ist sicher in Afghanistan.

Torsten Albig,
Ministerpräsident